B'NAI B'RITH

MONATSBLÄTTER

DER GROSSLOGE FÜR DEN ČECHOSLOVAKISCHEN STAAT X. I. O. B. B.

JAHRGANG X. NUMMER 8. OKTOBER 1931.

Ehrengroßpräsident Timendorfer.

Unser Nachbardistrikt Deutschland und mit ihm der ganze Orden sind durch das Hinscheiden von Br. Ehrengroßpräsidenten Geheimem Justizrat Berthold Timendorfer in tiefe Trauer versetzt worden. In aller Stille hat, dem Wunsche des Verstorbenen gemäß, die Beisetzung am 8. d. M. in Berlin stattgefunden.

Br. Timendorfer war 1853 in Rosdzin (Oberschlesien) geboren und lebte seit 1892 als Rechtsanwalt in Berlin. Er war ein vom Schicksal verwöhnter, in unverwüstlichem Optimismus wirkender Mann. Alle großen humanitären Verbände beriefen ihn an ihre Spitze oder in ihren Vorstand, so der Hilfsverein der Deutschen Juden, die Alliance Israélite, die Centralwohlfahrtstelle der deutschen Juden.

Als der deutsche Distrikt im Jahre 1898 an Stelle Maretzkis einen neuen Großpräsidenten zu wählen hatte, war die Stunde für die eigentliche Wirksamkeit Timendorfers gekommen. Unter seiner Ägide begann ein großartiger Aufschwung der Logenarbeit und eine Verwurzelung der Ordensidee in den breiten Kreisen des deutschen Judentums. Anläßlich seines 25jährigen Amtsjubiläums hielt Br. Vizegroßpräsident Maximilian Stein eine Festrede, die in ausgezeichneter Weise das Wesen und Wirken Timendorfers umriß. „Zwei Drittel aller Logen in Deutschland," so konnte Br. Stein mitteilen, „sind unter seinem Präsidium, 43 Logen von ihm selbst installiert worden; dazu die Installationen der beiden Schweizer Logen. Bei der Übernahme des Amtes durch ihn hatte der deutsche Distrikt 33 Logen, jetzt stehen wir vor der Installation der hundertsten Loge." Als Timendorfer die Führung der Geschäfte den jüngeren Händen Leo Baecks anvertraute, ehrte man ihn durch den Titel eines Ehrengroßpräsidenten.

Viele persönliche Beziehungen verknüpften ihn auch mit unserem Distrikt. Gern und oft weilt er im Sommer in Marienbad, wo er

besonders bei den dortigen Bruderabenden mit vielen Brüdern unseres Distriktes in Fühlung kam. Bei der denkwürdigen ersten Tagung der Arbeitsgemeinschaft in Karlsbad nahm er als der Führer seines Distriktes teil.

Die Mission des Ordens nach außen hin war seine Devise, dies galt nicht nur in charitativer, sondern auch in kultureller Hinsicht. Er forderte bei seiner Hingabe an den Menschheitsgedanken die innere Neutralität in den Logen, weiters die Mitwirkung der Frauen und die Heranziehung der Jugend. Diese Forderungen nannte er sein Testament. Bei der Installation der nach ihm benannten „Timendorfer-Jubiläums-Loge" sagte er: „Das Wichtigste im Menschenleben ist die Liebe, sie muß unablässig sein, wie das Herz, das niemals schläft, wenn auch Kopf und Hand ermüden." Und er schloß mit den Worten: „Unser Bund beruht vor allem auf Treue gegen die jüdische Gemeinschaft."

In Treue wird nicht nur der deutsche Distrikt, sondern der ganze Orden seiner gedenken.

25jährige Gründungsfeier der w. »Alliance«.

Die w. „Alliance" (B. Budweis) begeht Samstag, den 31. Oktober, und Sonntag, den 1. November d. J. die Feier ihres 25jährigen Bestandes. Zu Ehren der w. „Alliance" findet die Herbsttagung des Generalkomitees an diesen Tagen in Budweis statt, wodurch in besonderer Weise die Bedeutung dieser Tage für die Geschichte des Ordens in unserem Distrikte dokumentiert wird.

Die Loge gibt aus dem festlichen Anlaß eine eigene Schrift heraus, welche vor allem die Geschichte der Loge und ihre Leistungen in geistiger und charitativer Hinsicht darstellt. Diese Festschrift wird als Beilage zur nächsten Nummer unserer Monatshefte allen Brüdern unseres Distriktes zugehen. Die eigentliche Festsitzung findet am 31. Oktober um 7 Uhr abends mit Einführung von fünf neuen Kandidaten statt. Sonntag mittags wird für die verstorbenen Brüder eine Gedenkfeier in der Zeremonienhalle des israelitischen Friedhofes abgehalten. Nachmittags finden sich die Brüder und Schwestern zu geselligem Beisammensein im Logenheim, Grand Hotel, ein.

Eröffnung der neuen Loge in Košice.

Die neue Loge in Košice, die den Namen „Concordia" führen soll, wird als die sechzehnte unseres Distrikts am 6. Dezember dieses Jahres im eigenen Logenhaus installiert werden.

Der Weg aus der Weltkrise.

Von Friedrich Thieberger.

Unter diesem kühnen Titel ist soeben im Verlag von K. André (Prag) eine schmale Broschüre erschienen, die Br. Expräsidenten Doktor Wladimir Schiller zum Verfasser hat. Kühn vor allem deshalb, weil die Bestimmtheit des ersten Titelwortes den ganzen rätselhaften Komplex psychologischer, politischer und wirtschaftlicher Probleme geradewegs zu erledigen verspricht. Aber in Wahrheit ist in der Schrift nur die originelle Idee eines Zieles ausgesprochen und der Weg, knapp angedeutet, zur Diskussion gestellt. Die Darstellung dieses Ziels ist ein Organisationsentwurf für das Zusammenleben der Staaten auf der Erde, der Weg selbst, ein Durchbruch durch ein schweres ethisches Gebiet. Und es scheint in der Tat so zu sein, daß aus der Verworrenheit und dem Drucke der heutigen ökonomischen Lage weder ein finanzieller noch diplomatischer Weg herausführt, sondern nur jener Weg, der vom sittlichen Bewußtsein des Menschen aus seine untrügliche Richtung nimmt. Ja, Br. Schiller meint gar nicht eine momentane Erleichterung der heutigen katastrophalen Weltnot, wenn er von seinem Ziele spricht. Vielmehr ist die heutige Krise nur eine besonders beängstigende Form der ständigen Krise, in der die Welt seit jeher lebt und die nur durch allerlei Kulissen der Machtpolitik oder durch romantische Selbsttäuschung verdeckt war. Br. Schiller handelt es sich um die endgültige Ausschaltung von Krieg und Massennot und er hält die heutige seelische Situation der Menschheit, die Weltkrieg und Weltwirtschaft fast verbluten lassen, für reif, daß auf Kosten ethisch geforderter Opfer, die sonst niemand leisten würde, ein neuer Lebenspreis gewonnen wird.

Die Grundidee von Br. Schillers politischem Weltziel ist die Schaffung eines Weltministeriums. Die Welt ist ohne oberste Leitung: dies ist die Ursache ihrer Krisen. Die Ordnung in den einzelnen Teilen der Welt ist noch keine Weltordnung. Die einzelnen Staaten sind Sondergebilde, denen naturgemäß ihre Sonderegoismen über alle anderen Rücksichten gehen. Nur die gegenseitige Angst erhält zeitweise das Gleichgewicht. Daraus läßt sich sehr gut die ständige Nervosität der Staaten untereinander erklären, die unter einem Drucke stehende Spannung, die überspitzte Empfindsamkeit und auch die Maske der gegenseitigen Höflichkeit, kurz all das, was wir im Alltag bei jedem nervösen Menschen, der sich nicht innerlich frei bewegen kann, beobachten. Man hört oft die merkwürdige Auffassung, daß die Schuld am Staatenegoismus und an der Staatenweltangst die führenden Politiker hätten. Aber warum sollten Politiker weniger menschlich fühlen und wollen als andere? Vielleicht spüren sie nur gerade in ihrer Verantwortlichkeit für den Staat seine geistige Situation machtvoller.

Br. Schiller fordert nun durchaus keine Revolutionierung der Wirtschaftsordnung und keine Staatenumbildung. Das Heil der Welt sieht er nicht in der Umschichtung der ökonomischen Struktur, in welcher wir leben, für ihn ist das Bestehende Voraussetzung dafür,

daß das Ziel ohne äußere Veränderung der heutigen Weltkarte und darum möglichst schnell verwirklicht werden könne. Er fordert von den Staaten nichts anderes, als was der Staat vom einzelnen fordert: Unterordnung. Oder anders gesagt: Verzicht auf gewisse egoistische Gelüste zugunsten eines höheren, wenn auch nicht gleich sichtbaren Kulturgewinnes. Auch der Staat müsse sich einer Staatengesamtheit unterordnen und freiwillig auf gewisse Selbstrechte verzichten, um höhere Kulturwerte dafür zu erreichen. Nicht der geringste wäre es, von jener inneren Unsicherheit, von Verstellung und Angst nach außen befreit zu werden. Auch die Staatenangstneurose kann nur durch innere Offenheit geheilt werden.

Nun gibt es ja bereits überstaatliche Organisationen, von denen man auch die psychische Lösung der Weltkrise neben der politischen und wirtschaftlichen erwarten dürfte: so das Haager Schiedsgericht und den Völkerbund. Br. Schiller zeigt aber, daß diese Institutionen, selbst wenn sie in idealster Weise ihrer statutarisch festgelegten Bestimmung gerecht werden, keine ausübende Gewalt besitzen, sondern nur das feststellen können, was sie für richtig halten, um es den einzelnen Staaten zu empfehlen. Darum ist der Völkerbund nur „auf dem Prinzip der freien genossenschaftlichen Vereinbarung" gegründet. Der einzelne Staat kann sich an die Empfehlung halten oder sie ablehnen. Br. Schiller weist darauf hin, wie paradox es eigentlich ist, wenn das Völkerrecht Normen für den Kriegsfall aufstellt, „denn der Krieg ist begrifflich der Antipode jeder Rechtsordnung. Mit der Kriegserklärung stellt sich der Staat selbst außerhalb jeden Rechtes, das zwischen ihm und seinem Gegner bisher bestanden hat, und erklärt, daß fortan zwischen ihnen nur das Faustrecht im weitesten Sinne des Wortes, das ist überhaupt kein Recht, sondern die Gewalt zu entscheiden habe." Auch der Paneuropa-Plan erscheint darum ebenso wie das Haager Schiedsgericht und wie der Völkerbund als zweifellos höhere Stufe gegenüber einem egoistischen Nebeneinander der Staaten, aber nicht als das wahre Ziel, das nur eine Art Weltregierung sein könne, die den einzelnen Staat zwingt, sich ihr zu fügen.

Br. Schiller umschreibt in großen Zügen die Aufgaben dieses Überstaates. Alle Staaten wählen ein Weltparlament, welchem die Weltregierung verantwortlich ist. Eine der wichtigsten Funktionen hätte das Weltministerium der Arbeit zu übernehmen, welches vor allem den internationalen Arbeitsnachweis und die Ausnützung der in den verschiedensten Teilen der Welt gegebenen Arbeitsmöglichkeiten zu organisieren hätte. Überfluß auf der einen Seite könnte dem Mangel auf der anderen steuern. Das Weltministerium für Handel und Verkehr hätte den Güteraustausch zwischen den Staaten zu regeln, sinnlose Zollschranken niederzureißen und richtige Wirtschaftsgemeinschaften zu schaffen. Das Weltfinanzministerium würde nicht nur für die Bedeckung der Erfordernisse einer Weltregierung zu sorgen haben, sondern den Zahlungs- und Kreditverkehr durch stabile Währungen in dauernde Ordnung bringen. Das Weltjustizministerium schließlich könnte ein wahres Völkerrecht und insbesondere eine Vereinheitlichung des Rechtes schaffen. Es wäre ein innerer Widerspruch zu diesem

ganzen Weltfriedensgedanken, wenn man sich als Exekutivgewalt etwa ein Weltheer der Weltregierung beigegeben dächte. Vielmehr, meint Br. Schiller, daß jeder Staat, der ja in seiner Souveränität erhalten bleiben soll, freiwillig in seine Verfassung die Bestimmung aufnimmt, daß er die Gesetze und Entscheidungen der Weltregierung bei sich selbst durchzuführen gewillt ist und daß seine eigenen Gesetze und Verordnungen nur insofern zur Anwendung gelangen dürfen, als sie mit dem Rechte des „Überstaates" nicht im Widerspruche stehen.

Nur auf solche Weise — das ist die Meinung des Verfassers — könne die ökonomische Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit rasch und dauernd überwunden werden und damit der Weg zu einem dauernden Frieden und zu ruhiger Kulturentwicklung sich anbahnen.

Wird nun zu diesem Ziele (welches kurz nach dem Erscheinen der Schrift auch der berühmte englische Schriftsteller Wells in ähnlicher Weise formuliert hat) der Weg gefunden werden? Die Schwierigkeiten liegen nicht darin, daß die Menschen von den Segnungen dieses nahezu messianischen Zieles sich nicht überzeugen ließen, oder daß es heute, im Zeitalter des Völkerbundes, für gar zu utopisch gehalten werden könnte, sondern hauptsächlich darin, daß auch hier ein Fortschreiten auf dem Wege zu einem Kulturgewinn nur durch Verzicht möglich ist. Die Psychologie des Verzichtes enthüllt auch die Quellen der Kulturentwicklung. Nun ist es aber doch so, daß ein Individuum auf Genuß und Recht nur dann verzichtet, wenn es entweder dazu von außen her gezwungen wird, oder wenn der Genuß, für irgend eine Idee zu leben, gerade durch den Verzicht auf einen Besitz erhöht wird, man verzichtet also aus Not oder Liebe. Die Weltkrise ist freilich heute eine Weltnot geworden. Allein sie bedroht nur den Menschen als Einzelwesen, vielleicht auch die Staatsform, nicht aber die Existenz der Staaten selbst. Und so führt von der Not aus kein Weg des Verzichtes zu dem hohen Weltstaatenziel. Aber vielleicht ist es möglich, aus dem Liebesgefühl für einen Weltbund Verzichte zu erwirken, die sich in Kultur umwandeln. Solche Liebe ließe sich gewiß nicht aus einem verstandesmäßigen Plane heraus dekretieren. Man müßte sie vielmehr aus ihrem natürlichen Boden, etwa dem Heimat- und Volksgefühl, also dem Liebesgefühl für eigene Art und Kultur, aufsteigen lassen. Und noch einen anderen, aus einem Liebesgefühl stammenden Verzicht gibt es: den Verzicht auf Rechte zugunsten einer leidenschaftlich ersehnten neuen Weltwirtschaftsordnung. Es gibt ja einen Pazifismus, der sagt: ich trete für den Frieden ein, damit niemand meinen Besitz stört. Und es gibt einen Pazifismus, der sagt: erst wenn sich alle ihres Besitzes begeben haben und einer über sich gestellten Macht alle ihre Rechte anvertrauen, dann kann man an wahre Friedensbereitschaft glauben. Aber Br. Schiller ist es ausdrücklich um eine neue Weltgesinnung auf dem Grunde der bestehenden Ordnung zu tun.

Noch etwas weiteres darf nicht vergessen werden. Man kann die Staaten begrifflich als Individuen auffassen, aber in der Wirklichkeit ist der Staat nicht ein organisches Naturgebilde wie ein Individuum oder wie ein Volk, vielmehr ein historisches, durch wirtschaftliche

und herrschaftliche Verhältnisse entstandenes Gebilde. Man kann nicht von einer außerhalb des Staates amtierenden Regierung, in welcher historische Machtverhältnisse fremder Staatengebilde den Ausschlag geben, Gesetze sich diktieren lassen, welche das Gefüge der historisch gewordenen Einheit des Staates stören, ja aufheben könnten. Aber man kann eines tun: die Weltgesinnung in den einzelnen Individuen schulen, den ethischen Verzicht, der dann als Kulturwert einem größeren Ganzen zustatten kommt, vorbereiten helfen, man kann die Macht der menschlichen Demut lehren und so allmählich sich selbst und die Allgemeinheit zu jenem Weg hinleiten, der nicht nur aus der ökonomischen, sondern auch der seelischen Weltkrise hinausführt. Und als einen Markstein auf diesem Wege der Besinnung darf man auch die Schrift von Br. Schiller ansehen.

Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm.

Die große ökonomische Gefahr, die heute das mitteleuropäische Judentum bedroht, ist der Nationalsozialismus. Das, was man in seinen ersten Anfängen als romantisches Kriegsgeschrei einer kleinen verblendeten Gruppe von Menschen angesehen hatte, ist zum Losungsruf einer großen Partei geworden, die, noch weiter im Wachsen begriffen, gerade in den Schichten der Jugend, der Intelligenz und des gebildeten Bürgertums Verwurzelung gefunden hat. Die Schlagworte, die hier geprägt wurden, haben einen geradezu weltanschaulichen Charakter, und es nützt nichts, sie als sinnwidrig hinzustellen, solange man nicht ihre tiefere Begründung kennt. Die Nationalsozialisten in Deutschland verfügen heute über nahezu vierzig Tageszeitungen, ebensoviel Wochenblätter und Zeitschriften, die Literatur über ihr Programm ist fast unübersehbar, aber im Mittelpunkt ihres gesamten literarischen und politischen Denkens steht der Judenhaß.

Die jüdische Geschichte weist viele Epochen auf, in denen politische Strömungen unter den Völkern keine andere Devise kannten als den Antisemitismus. Es scheint dies Wort allein zu genügen, um Leidenschaften zu entfachen und verschiedentliche Formen sozialer Not dadurch zu kompensieren, daß man Menschen zur Freude am Judenhaß drängt. Aber sowie es beim elementaren Gruppenhaß gegen die Juden eine Form gibt, die gerade in Deutschland ihre sogenannte wissenschaftliche Begründung in einem intellektuellen Rassenantisemitismus fand, so scheint nun auch der wirtschaftliche Judenhaß im deutschen Nationalsozialismus eine scheinwissenschaftliche Vertiefung gefunden zu haben. Und so wie der deutsche Rassenantisemitismus allmählich auch in andere Volksgemeinschaften eingedrungen ist, so besteht die Gefahr, daß auch die antisemitische Wirtschaftstheorie des Nationalsozialismus nicht an den deutschen Grenzen haltmachen wird. Es ist darum im gegenwärtigen Zeitpunkt von großer Wichtigkeit, daß man auch in jüdischen Kreisen etwas von den spezifischen Gedanken des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms erfährt. Denn es ist schon viel für die Abwehr getan, wenn man seinen geistigen Angriffen mit geistigen Waffen begegnen kann. Gewiß steht gerade hier, wo es

sich um wirtschaftliche Fragen handelt, zu hoffen, daß die Gewalt der Tatsachen und die unbeeinflußbaren Gesetze der Entwicklung die Verkehrtheit jenes Programmes schließlich erweisen werden. Allein wir wissen nicht, wie lange es noch bis dahin ist und wieviel Opfer es kosten kann, wenn wir der Weltgeschichte allein es überlassen, Weltgericht zu sein.

In höchst dankenswerter Weise hat der Philo-Verlag eine kleine Schrift von Dr. Margarete Wiener herausgebracht: „Vom nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm". Diese kritische Betrachtung war in ihrer gedrängten Form in der führenden jüdischen Zeitschrift „Der Morgen" erschienen und wir geben im folgenden die Hauptgedanken wieder. Margarete Wiener sucht zunächst psychologisch darzulegen, wieso der Nationalsozialismus gleich in den ersten Nachkriegsjahren eine so werbende Kraft auf das deutsche Volk ausüben konnte: er war antimarxistisch und national. Aber mit diesen negativen Momenten hätte er auf die Dauer nicht auskommen können. Da kam dem Führer Adolf Hitler eine zufällige Begegnung in München zustatten. Ein Ingenieur, Gottfried Feder, hielt vor ihm einen Vortrag, worin er die ungeheure Schuldenlast des deutschen Volkes auf eine merkwürdige Weise beseitigen zu können erklärte: man sollte die Verpflichtung, von Staats wegen Zinsen für Anleihen zu zahlen, aufheben und die Anleihen selbst als Zahlungsmittel benützen. Dieser Theorie gab er den Namen „Brechung der Zinsknechtschaft". Damit hatte Hitler sein positives Schlagwort gefunden, hatte in Feder den Nationalökonomen, mit dem er ebenso Marx wie den Liberalismus bekämpfte, und brauchte einfach den Antisemitismus in dieses Programm einzusenken, um nun mit einer von Gefühl und Ideen beflügelten Anschauung vor die Massen zu treten.

Feders Wirtschaftsprogramm ist antisozialistisch und antikapitalistisch. In seiner 1927 zuerst erschienenen Schrift „Das Programm" sagte er: „Unser antimarxistischer Kampf richtet sich gegen die staatszersetzende Lehre des Juden Karl Marx, gegen die das Volk zerreißende Lehre vom Klassenkampf, gegen die wirtschaftsmordende Lehre der Verneinung des Privateigentums und gegen die rein ökonomische materialistische Geschichtsauffassung."

Wiener fährt nun fort: „Es kommt Feder darauf an, den Sozialismus als „jüdisch" zu kennzeichnen. Dazu genügt ihm die Tatsache. daß Marx jüdischer Abstammung war. Von der Gesinnung des marxistischen Sozialismus, die ja im Grunde nichts weniger als staatszersetzend ist, da sie das feste Gefüge des sozialistischen Staates anstrebt, hat Feder keinen Hauch verspürt. Will man aber das sozialistische Ziel, die Überwindung des Kapitalismus und des kapitalistischen Staates, staatszersetzend nennen, so gilt das gleiche vom Nationalsozialismus.

Begreiflicher und sympathischer wäre Feders Entrüstung über die Klassenkampfidee, — wenn er es glaubhaft machen könnte, daß er wirklich die Volksgemeinschaft, die Versöhnung aller Klassen und Stände anstrebt. Er behauptet, daß alle Volksschichten, alle Berufe, alle Klassen ein gemeinsames Interesse verbindet — gegenüber den

Juden. Indem er also an Stelle des Klassenkampfes den Rassenkampf setzt, scheint er die Volksgemeinschaft zu begründen. Aber auch das ist nur trügerisches Spiel: denn als Juden betrachtet Feder jeden, der Geld gegen Zins ausleiht, also den Kapitalisten. Es kommt bei Feder also auch auf einen Klassenkampf heraus. Soll und kann die „Brechung der Zinsknechtschaft" etwas anderes sein, als ein Kampf gegen die besitzende Klasse? . . .

Bemerkenswert ist die Bejahung des Privateigentums:

„Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz, — und zwar das ehrlich erworbene und erarbeitete Eigentum. Eine grundsätzliche Erörterung kann hier nicht gegeben werden, aber wer die ‚Arbeit' richtig erfaßt hat, dem kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß die Arbeitserzeugnisse ‚Eigentum' des Arbeitenden sein müssen... So wächst aus dem richtig verstandenen Arbeitsbegriff notwendigerweise die Anerkennung des Privateigentums heraus."

Hinter diesem Gedankengang steht eine primitive Arbeitswerttheorie. Es ist die Auffassung, daß nur Arbeit produktiv ist, d. h. Wert schafft. Es ist die theoretische Grundlage, auf der das ganze marxistische Gedankensystem beruht. Die Mehrwerttheorie ist ohne die Arbeitswerttheorie undenkbar. Aber an das eigentliche Problem des Privateigentums, so wie es der marxistische Sozialismus sich stellt, geht Feder gar nicht heran. Das marxistische Problem besteht darin, daß die Arbeit nicht nur die Ware, das Konsumgut, schafft, sondern auch das Kapital. Das Kapital ist nach Marx ein „gemeinschaftliches Produkt" der Arbeit und darf als solches nicht Privateigentum sein. Es muß „gesellschaftliches Eigentum" sein. Den Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit in dieser Hinsicht erkennt Feder nicht — oder er erkennt ihn nicht an. Er behandelt die Eigentumsfrage so, als betrachte er einen unkomplizierten Zustand der menschlichen Wirtschaft, etwa den vorkapitalistischen, und gelangt dabei zu einer individualistischen Eigentumsauffassung, die um so seltsamer anmutet, als im Programm wiederholt der Individualismus dafür verantwortlich gemacht wird, daß „die geistigen Grundlagen der gesamten Gesellschaft zerrüttet oder falsch" sind.

Dennoch kann Feder die Frage der Sozialisierung nicht ganz umgehen. Er erklärt zwar, „Produktion und Konsumtion sind individuell", aber er läßt einen ziemlich umfangreichen Staatssozialismus zu. „Handel und Verkehr sowie das Geldwesen" werden als „Aufgabenkreis des Staates" bezeichnet, und „Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden verstaatlicht", da sie als „sozialisierungsreif" zu betrachten sind.

Auch das Privateigentum an Grund und Boden will der Nationalsozialismus nicht antasten — mit einer gewissen Ausnahme, die er sich vorbehält. Punkt 17 des Programms lautet zwar:

„Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform. Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation."

Aber dazu heißt es in einer Fußnote:

„Zu diesem Programm hat Adolf Hitler am 13. April 1928 folgende Erklärung verlautbart:

Erklärung:

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig.

Da die NSDAP. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus ‚Unentgeltliche Enteignung' nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdische Grundspekulationsgesellschaften.

München, den 13. April 1928. gez. Adolf Hitler."

Mit dieser Erklärung ist der zunächst so radikal anmutende Punkt 17 so gut wie aufgehoben, das Problem der Bodenreform ist mit ein paar Worten auf das Gebiet des Antisemitismus abgeschoben und wird im übrigen mit einigen Phrasen als gelöst betrachtet.

Als Grundübel des Kapitalismus betrachtet der Nationalist die Hingabe von Geld gegen festen Zins. Er klagt den Kapitalismus der „Zinsknechtschaft" an.

Es ist nicht leicht, den Begriff „Zinsknechtschaft" eindeutig zu bestimmen. Aus Feders Erklärungen ist zu entnehmen, daß man drei Formen der Zinsknechtschaft zu unterscheiden hat:

1. der Staat befindet sich in Zinsknechtschaft, wenn er seinen Geldbedarf durch Anleihen deckt;
2. jeder, der ein Kreditverhältnis als Schuldner eingeht, sei es der Landwirt, der Industrielle oder der Angehörige des gewerblichen Mittelstandes, befindet sich in Zinsknechtschaft;
3. jeder Arbeiter befindet sich in Zinsknechtschaft, weil, während er körperlich oder geistig arbeiten muß, eine „zahlenmäßig kleine Schicht — arbeits- und mühelos — aus ihren Zinsen, Bank- und Börsengewinnen, Finanztransaktionen usw. riesige Einnahmen beziehen".

Wir haben es also mit einer staatswirtschaftlichen, einer privatwirtschaftlichen und einer nationalökonomischen Formulierung der Zinsknechtschaft zu tun.

Die staatswirtschaftliche Formulierung ist wohl die ursprüngliche gewesen. Feder kam, wie einleitend erwähnt, durch finanzpolitische Erwägungen zu seinem Begriff der Zinsknechtschaft. Zwei Probleme beschäftigten ihn: 1. die nach verlorenem Kriege auf unabsehbare Zeit durch Steuern aufzubringende Zinsenlast der Kriegsanleihen, 2. die Geldinflation der Nachkriegsjahre. Er behandelt jedoch diese beiden Probleme nicht getrennt voneinander, sondern meint zwischen beiden Erscheinungen einen Kausalzusammenhang feststellen zu können: die Anleihewirtschaft des Staates, so meint er, sei die Ursache der Inflation.

Feder betrachtet die Kriegsanleihen — und in der Folge überhaupt alle Wertpapiere — als Kaufkraft. Wertpapiere sind Geld in seinen Augen. Von dieser Definition der Wertpapiere aus ist es nur ein Schritt zu der kausalen Verknüpfung von Anleihe und Inflation. Denn Feder ist Anhänger der Quantitätstheorie, d. h., er ist der Ansicht, daß die Preise der Waren je nach Größe des „Geldangebots" steigen. Er folgert:

„Da das Geld seinem innersten Wesen nach... Anweisung auf geleistete Arbeit ist, so muß von uns auch die sog. Quantitätstheorie des Geldes wenigstens in ihren Grundzügen anerkannt werden..." „Jedenfalls

steht fest, daß eine Vertausendfachung der umlaufenden Zahlungsmittel naturgemäß eine ungefähre Vertausendfachung der Preise nach sich ziehen muß."

Dennoch kommt Feder zu dem erstaunlichen Resultat:

„Jedenfalls steht für uns... fest, daß die Inflation... an sich weniger eine Ursache für die Teuerung, als vielmehr deren Ausdruck ist. Die Grundursache für die Teuerung ist — das Zinsversprechen des Staates. Dieses Zinsversprechen macht die Steuer notwendig, denn der Staat kann eben nur geben, was er seinen Bürgern in irgendeiner Form wieder abnehmen muß."

Die Anleihewirtschaft des Staates ist nach Feder nicht nur ein volkswirtschaftlicher Irrtum, sie ist unmoralisch. Denn der Staat hat drei Möglichkeiten, seinen Geldbedarf zu decken: die „Leistungshoheit", d. h., der Staat hat das Recht, „seinen Bürger zu kostenlosen Leistungen heranzuziehen" (Feder erinnert u. a. an die Erbauung der chinesischen Mauer und den Pyramidenbau!), die „Münzhoheit" und die „Finanzhoheit". Schulden machen aber ist für den Staat „das Dümmste, was er überhaupt machen kann", und nicht nur das: „es ist geradezu verbrecherisch". „Der Anleihewahnsinn hat die Staaten in die Zinsknechtschaft gebracht". Sie sind nun den „Geldmächten", d. h. den Banken und der Börse, ausgeliefert. Die Staatsfinanzverwaltungen sind allmählich in das „Anleihedelirium" hineingeraten. Feder kann es sich nicht anders erklären, als daß hier auch wieder der Jude im Spiel war: „Der Jude hat sich auch in diesen Dingen als Meister der Psychologie erwiesen", — man will nicht gleich „in grober Weise von direkter Bestechung der verantwortlichen Staatsmänner" reden, aber „die Vermutung liegt sehr nahe."

Die Entrüstung Feders über die Verschuldung des Staates hat vor allem einen politischen Beweggrund — man ist versucht zu sagen: einen propagandistischen —; es ist die Idee, die Steuerleistung zu beseitigen.

Der „Staat ohne Steuern" ist ein „Hochziel" der nationalsozialistischen Bewegung. Es entspricht zwar nicht ganz den idealen Vorstellungen von nationalem Opfersinn, dafür kommt es um so mehr dem „individualistischen" Egoismus entgegen und ist vorzüglich geeignet, Scharen von Anhängern des „dritten Reiches" zu sammeln.

Feder ist der Ansicht, daß der größte Teil der staatlichen Steuereinnahmen zur Zinszahlung und zur Tilgung der Schulden verwendet wird, und daß der Genuß der Zinsen nur den Banken und den „überstaatlichen Geldmächten" zugute kommt...

Allerdings hat der Nationalsozialismus, obwohl der Zins sein zentrales Problem ist, keine systematische Zinstheorie aufzuweisen. Man kann allein bei Feder drei verschiedene Fassungen herauslesen:

1. die nationalökonomische Version: der Zins steht im Widerspruch zum Wesen des Geldes. Geld ist „Anweisung auf geleistete Arbeit", sagt Feder und behauptet, daß erst, wenn das Geld zur Deckung eines Bedarfs ausgegeben worden und somit „wieder der Wirtschaft zugeführt ist", sich „der einfache Kreislauf des Geldes vollendet". Mit anderen Worten: Geld ist zum Ausgeben und nicht zum Sparen da! „Dem Wesen des Geldes entspricht also auch die Ausgabepflicht." Damit soll aber „keineswegs das Sparen unmöglich

gemacht" werden. Man müsse unterscheiden zwischen richtigem und falschem Sparen. „Schaffen und Erwerb von Sachgütern, der Kauf oder die Erbauung eines Häuschens, der Erwerb wertvoller Gegenstände, von Sammlungen, von Büchern, Gemälden, von Hausrat, die Erweiterung und Verbesserung des Geschäftstriebes, die Ausdehnung der Warenvorräte usw." — das ist richtiges Sparen. Aber das „Zurückhalten von Geld" zu dem Zweck, es als „Machtinstrument", d. h. als Darlehen zu verwenden — das ist falsches Sparen. Die Geldbesitzer, die das Geld aufsparen und es dem Verkehr entziehen, üben „widerrechtliche Geldzurückhaltung". Statt daß sie dem Kaufmann und dem Fabrikanten seine Ware abnehmen, geben sie ihm schließlich „gegen einen besonderen Tribut — gegen Zins — das von ihnen in volkswirtschaftlichem Sinne widerrechtlich zurückbehaltene Geld hinaus. Die volkswirtschaftliche Erpressung beginnt".

2. Die juristische Version: der Zins darf nicht zur rechtlichen Institution werden; der Zins ist berechtigt, solange er eine „Dankbarkeitsschuld" darstellt: „Mit der Zurückgabe des geliehenen Geldes ist Leistung und Gegenleistung abgeschlossen und ein eigener Anspruch auf eine besondere Vergütung kann weder sittlich noch wirtschaftlich begründet werden." Aber: „Hat das Darlehen den Darlehensnehmer in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit so gestärkt, daß er erheblich größere Gewinne machen konnte, so kann man es als Akt der Billigkeit oder Dankbarkeit ansehen, wenn der Darlehensnehmer dem Darlehensgeber außer der Rückzahlung des Geldes auch noch einen gewissen Anteil an seinem Gewinn zukommen läßt."

3. Die antisemitische Version: der Zins wie überhaupt das moderne Kreditwesen ist eine Erfindung der Juden, und zwar eine vorsätzlich böse Erfindung zu dem Zwecke, „die gesamte Finanzwirtschaft der Staaten und . . . der Privatwirtschaft zum größten Teil unter ihren Einfluß zu bringen."

Die einseitige Betrachtung des Darlehenszinses bedeutet vom Standpunkt der Nationalökonomie aus Rückschritt um mehrere Jahrhunderte. Die Geschichte des Zinsproblems ist uralt. Böhm-Bawerk verlegt ihren Beginn tief ins Altertum. Eben in dieser ältesten Epoche bis hinein in das 18. Jahrhundert beschäftigte man sich theoretisch nur mit dem Leihzins. Erst der Physiokrat Turgot erweiterte das Zinsproblem zu seinem vollen Umfang, indem er den ursprünglichen Kapitalzins, den Profit, in den Kreis seiner Betrachtungen zog...

Feder geht also an dem eigentlichen Zinsproblem vorbei. Das geht besonders aus der Version hervor, die wir die juristische nannten. Zu erklären wäre nämlich der „erheblich größere Gewinn", aus dem die Dankesschuld des Zinses stammt, und von dem der Darlehenszins in allen seinen Formen stammt, denn er ist der eigentliche Kapitalzins. Da der Zins für Feder ein Ergebnis der Zirkulation und nicht der Produktion ist, kann er ihn von der Geldtheorie her betrachten. Die Bezeichnung des Geldes als „Anweisung auf geleistete Arbeit" hängt mit der bereits erwähnten Arbeitswerttheorie eng zusammen. Es ist weder eine neue noch eine erschöpfende Auffassung vom Geld. Sie leitet aber, wie es jede Betrachtung des Zinses als Zirkulationserscheinung tun muß, ohne weiteres zur Verurteilung des Zinses, da

sie ihn nicht als notwendig bedingt, sondern als willkürlich gesetzt erscheinen läßt. Hinter Feders ganzen Ausführungen steht die kanonistische Auffassung, daß der Zins unnatürlich sei, weil Geld nicht „fruchtbar" sein kann . . .

Aus der Verkennung des Phänomens des ursprünglichen Kapitalzinses ergibt sich die eigentümliche Auffassung des Nationalsozialismus vom Kapital.

Der Nationalsozialist unterscheidet zwischen „Leihkapital", das „Zinsen" trägt, und „Industriekapital" oder „riskiertem Kapital", das „Gewinn" bringt. Diese Unterscheidung scheint an sich nur praktische Bedeutung zu haben. Sie entspricht der börsenmäßigen Unterscheidung zwischen festverzinslichen Werten, wie Pfandbriefen, Obligationen, Anleihen, und gewinntragenden Werten, wie Aktien, Kuxe, Beteiligungen. An diese Einteilung knüpft Feder jedoch ein Werturteil. Das Leihkapital wird als das „raffende", das Industriekapital als das „schaffende" Kapital bezeichnet. Es gibt also gutes und böses Kapital. „Das zinsfressende Leihkapital ist die Geißel der Menschheit . . ., nicht das schaffende, gütererzeugende, industrielle Betriebskapital." Feder rühmt sich, daß diese Entdeckung ihm vorbehalten war, während sie den großen Sozialisten entgangen ist.

Dieses merkwürdige Urteil über die Charaktereigenschaften des Kapitals beruht auf zwei Irrtümern:

1. Aus der falschen Beurteilung des Zinses folgt die falsche Einstellung zum Kapital. Da der Nationalsozialismus den Gewinn als ein natürliches, nicht problematisches Ergebnis der Produktion, den Zins aber als das verwerfliche Resultat der Erpressung ansieht, muß er auch das Leihkapital als unberechtigt erklären. Die Konsequenzen sind seltsam: die Industrieobligation ist demnach, obwohl sie doch offensichtlich der Produktion oder doch der Erweiterung der Produktionsmöglichkeiten zugute kommt, als „raffendes" Kapital zu verwerfen; beim Bau eines Hauses „schafft" nur das Eigenkapital des Bauherrn das sichtbare Ergebnis, das Haus, während das hinzugenommene fremde Kapital nur als Belastung anzusehen ist.

2. Der Nationalsozialist verwechselt die Kapitalbegriffe. Er sieht, wenn er von „Industriekapital" spricht, Fabrikgebäude, Maschinen, Rohstoffe vor sich, also alles das, was man unter der Bezeichnung Produktivkapital zusammenfaßt. Er sieht dagegen, wenn er von „Leihkapital" spricht, nichts als Geld vor seinen entsetzten Augen: Münzen, Scheine, Papiere — unfruchtbares, totes Geld! Er sieht Erwerbskapital. Er ist also, um nationalsozialistisch zu reden, einmal „materialistisch", einmal „mammonistisch" beeinflußt. Er vergleicht zwei Dinge miteinander, die nicht vergleichbar sind: Produktivkapital ist ein sozialökonomischer, Erwerbskapital ein privatökonomischer Begriff. Er vergißt darüber, daß in der kapitalistischen Wirtschaft, die er — er läßt das Privateigentum gelten — im Grunde ja bestehen lassen will, Produktivkapital nur auf dem Wege über das Erwerbskapital entstehen kann, und er erkennt deshalb nicht, daß Leihkapital und Industriekapital nur zwei Anwendungsformen eines und desselben Erwerbskapitals sind. Die Verwandlungsmöglichkeiten des Kapitals entgehen seinem Blick.

Was ist nun eigentlich „böse“ am Leihkapital, abgesehen von der „Zinserpressung“, die es ausübt? Feder erhebt drei Vorwürfe: es ist unproduktiv, es ist anonym (d. h. schließlich jüdisch), es ist international (d. h. wiederum „jüdisch“) . . .“

Was hat man sich nun unter Brechung der Zinsknechtschaft vorzustellen?

Wiener zeigt an zwei Forderungen Feders allein, wie sich diese ganze Brechung der Zinsknechtschaft ad absurdum führt: „es ist 1. die Befreiung des Staates aus seiner zinspflichtigen Verschuldung und 2. die Geldbeschaffung des Staates durch Ausgabe zinsloser Staatskassenscheine.

1. Ursprünglich hatte Feder der bayerischen Regierung den Vorschlag gemacht, „einfach an Stelle der Zinszahlung die Rückzahlung treten zu lassen in 20 Jahresraten zu 5%“. Im „Manifest“ fordert er aber, daß die Kriegsanleihestücke (und ebenso alle anderen Staatspapiere) unter Aufhebung der Zinsverpflichtung des Reiches zu gesetzlichen Zahlungsmitteln erklärt werden. „Das ist das Ei des Kolumbus. Der Vorteil dieser Maßnahme ist zunächst der, daß eigentlich niemand etwas davon merkt . . .“ Aber einige Seiten weiterhin erklärt er, daß er diese Forderung ändern müsse, da ihm immer wieder der Vorwurf „der übermäßigen Überschwemmung des Marktes mit Zahlungsmitteln“ gemacht wurde. Er läßt diesen Einwand zwar nicht gelten, da er, wie bereits erwähnt, der Ansicht ist, daß die Inflation „durch das bloße Vorhandensein der Kriegsanleihe“ bereits bestehe. Nun fordert er die K o n v e r t i e r u n g der Anleihestücke in B a n k - g u t h a b e n. Als „großen Vorteil“ rechnet er es diesem Verfahren an, daß die Stücke dabei vernichtet werden.

Er bemerkt nicht, daß die Anleihestücke nur in ihrer äußeren Erscheinungsform vernichtet, daß sie aber als Zahlungsmittel, also als Kaufkraft, weiter existieren würden — denn auch ein Bankguthaben, so abstrakt es erscheinen mag, stellt Kaufkraft dar — und als solche preissteigernd, also im großen und ganzen inflationistisch wirken müßten.

Zugleich meint Feder, mit dieser Maßnahme einen „gewissen sozialen Ausgleich“ schaffen zu können, indem man „die kleinen Zeichnungen aller derer, denen die Zeichnung der Kriegsanleihe wirklich als vaterländische Tat anzurechnen ist . . ., al pari gutschreibt, während alle größeren Zeichnungen zum Tageskurs gutgeschrieben werden könnten“. Zum Tageskurs? Glaubt Feder ernstlich, daß nach diesen Maßnahmen noch von einem Tageskurs der Anleihen die Rede sein könnte? Sie würden sofort al pari stehen, nicht mehr, nicht weniger. Überdies würde die Festsetzung einer Grenze für „vaterländische“ Zeichnung, die Feder auf 5—10.000 Mark veranschlagt, geradezu einer Aufforderung zu Schiebungen gleichkommen.

Es ist merkwürdig, daß Feder, der doch in den Staatsanleihen die Ursache der Inflation sieht, zu ihrer Beseitigung nur ein Mittel weiß, das die Inflation geradezu garantiert!

2. Die Wirkung der ungedeckten Staatskassenscheine wäre die gleiche. Feder meint, daß der Staat zur Ausführung von Bauten, wie etwa eines Kraftwerks, den Weg der „direkten Geldschöpfung“ gehen

kann. Die benötigten Gelder sollen vom Staat im Laufe der Zeit mit fortschreitender Arbeit am Bau als Staatskassenscheine ausgegeben werden. Der „Umweg“ der Anleihe könne so vermieden werden. Er hält dieses Geld für stabil, da es „voll gedeckt“ sei. Die Deckung würde in dem Bau selbst bestehen, der ja nach Fertigstellung für den Staat werbend arbeiten soll. Als Ideal schwebt Feder die „bargeldlose Finanzierung“ solcher Staatsbauten vor. Für Lohnzahlungen werde man die Kassenscheine verwenden müssen, die Unternehmer könnten jedoch durch bargeldlose Überweisungen befriedigt werden.

Wieder kommt hier die irrige Vorstellung zutage, als sei ein Bankguthaben nicht als Kaufkraft wirksam. Vor allem aber irrt Feder, wenn er meint, daß solche Staatskassenscheine gedecktes Geld sind. Ein unfertiger Bau mit verwertetem Material steht als „Deckung“ dahinter. Bevor er beendet ist, können Jahre vergehen, und eher kann er nicht werbend in Erscheinung treten. Neben Feders Verwechslung von festgelegtem Kapital (Anleihe) und Geld tritt hier die Verwechslung von Produktivkapital und Ware. Die Zirkulation spielt sich zwischen Ware und Geld ab, daher kann Geld nicht durch das Vorhandensein noch so wertvoller Produktionsanlagen stabil gehalten werden. Die ausgegebenen Staatskassenscheine würden also in vollem Umfange zusätzliche Kaufkraft bedeuten und Steigen der Preise bewirken. Man muß sich diesen Vorgang ins Große übertragen denken, um zu ermessen, mit welcher unausweichlichen Sicherheit das Federsche Staatsgeld die Inflation herbeiführen würde.

Feder glaubt den Einwand der Inflation, der sich bei diesen Reformplänen jedem aufdrängt, dadurch entkräften zu können, daß er behauptet, die ausgegebenen Scheine „fließen immer wieder zurück in die öffentlichen Staatskassen“, so daß die Ausgabe immer neuer Serien nicht nötig sein würde.

Auch hier liegt ein Irrtum vor: es besteht nämlich gar kein Grund, weshalb die Scheine in die Staatskasse zurückfließen müssen. Die Scheine gehen mit dem Augenblick ihrer Verwendung in private Hände über; der Staat hat dann keine Macht mehr über sie.

Es gehört wenig Phantasie dazu, um sich die Folgen einer solchen „Brechung der Zinsknechtschaft“ vorzustellen.

Die durch Konvertierung der Staatsanleihen frei werdenden Geldmittel würden sich nach anderer Anlagemöglichkeit umsehen. Da bei der nationalsozialistischen Antipathie gegen den Leihzins die übrigen festverzinslichen Papiere nicht mehr als sichere Anlage in Betracht kämen, würde eine Aktienhausse einsetzen. Der Anreiz zu Neugründungen wäre damit gegeben, und es würde nun ein wildes Gründungsfieber beginnen. Die Folge wäre Überproduktion auf allen nur möglichen Gebieten. Es käme dadurch schließlich zu einer Wirtschaftskrise, die sich durch Zusammenbruch der neuen aber auch alter Unternehmungen und durch steigende Arbeitslosigkeit auswirken würde. Zwar würde sie etwas gemildert werden durch die Ausfuhrmöglichkeiten, die jedoch lediglich ihren Grund hätten in dem durch die inzwischen einsetzende Inflation bedingten Sturz der Valuta.

Indessen begänne die verheerende Wirkung der Inflation, die aus den beiden oben erwähnten Maßnahmen entspringen müßte.“

Zur Geschichte unserer Geschichtschreibung.

Von Professor Dr. Oskar D o n a t h.

Jede ernste Beschäftigung mit der jüdischen Geschichte in der Tschechoslowakei steht heute in irgendeiner Beziehung zur Historischen Gesellschaft. Mit ihr erst beginnt die systematische wissenschaftliche Epoche unserer Geschichtschreibung hierzulande. Aber gerade aus dem neuen Sinn für jüdische Geschichte und Geschichtsschreibung dürfte vielen die nachfolgende Skizze willkommen sein, in der Br. Professor Donath die wichtigsten Schriften zur jüdischen Geschichte v o r Schaffung der Historischen Gesellschaft zusammenfaßt. Die Redaktion.

Die jüdische Geschichtschreibung weist, was Form und Methode betrifft, einen zweifachen Charakter auf: 1. die ältere jüdische Geschichtsschreibung ist theologisch (so in den Kapiteln über die älteste Geschichte des Judentums) und metaphysisch-theologisch, wie es sich in der Theorie von der Sendung des Judentums zeigt (so in den späteren Kapiteln der jüdischen Geschichte); 2. jünger ist die soziologische Geschichtsschreibung, welche die allgemeinen Prozesse der nationalen Entwicklung auch im Hinblick auf das Judentum verfolgt.

Die Historiker der älteren Schule, deren Hauptvertreter H e i n r i c h (H i r s c h) G r ä t z ist, der Verfasser des elfbändigen 1853 bis 1876 erschienenen Werkes „Geschichte der Juden", rücken fast ausschließlich die Leidensgeschichte der Juden und ihre Literatur in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung und teilen demgemäß die jüdische Geschichte in eine talmudische, gaoneische, rabbinisch-mystische und Aufklärungsepoche ein. Die jüngeren Historiker, wie sie Simon Dubnow repräsentiert, der Schöpfer des 1929 vollendeten zehnbändigen Werkes „D i e W e l t g e s c h i c h t e d e s j ü d i s c h e n V o l k e s" (das Original ist russisch, eine deutsche Übersetzung besorgte Dr. A. Steinberg), stellen das Judentum in allen Äußerungen seines historischen Lebens, d. h. als Volksgemeinschaft und nicht bloß als religiöse Gemeinschaft dar, einerlei, ob es sich um die Zeit der staatlichen Selbständigkeit oder die der Diaspora handelt. Sie befassen sich also nicht bloß mit dem geistigen und religiösen Leben der Juden, sondern auch mit ihren sozialen Verhältnissen und ihrem Kampf um nationale Autonomie in den Massensiedlungen der Diaspora. Dubnow nimmt auch auf das politische und kulturelle Milieu, in welchem das jüdische Volk in den verschiedenen Epochen gelebt hat, und auf die Beziehungen der Juden zu ihm Rücksicht und teilt demgemäß die jüdische Geschichte in zwei Hauptepochen: in die orientalische, wo das Zentrum des jüdischen Volkes im Osten war (Palästina, Alexandrien, Babylonien), und in die westliche, in welcher dieses Zentrum sich nach Europa verschob. Die Grenze beider Perioden ist das 11. Jahrhundert (die Zeit des Unterganges des östlichen Kalifats).

Im Altertum stand die jüdische Geschichtschreibung auf einer solchen Höhe, daß man den Vergleich mit der griechischen Geschichtsschreibung ruhig wagen darf. Den Gipfelpunkt bilden die klassischen Werke des J o s e p h u s F l a v i u s „Der jüdische Krieg" und „Altertümer". Im Mittelalter und in der Neuzeit bis Ende des 18. Jahrhunderts war die Geschichtsschreibung allerdings vollständig vernachlässigt. In diesen Jahrhunderten widmeten sich die jüdischen Gelehrten

ausschließlich dem Studium der Bibel und des Talmuds; die Geschichtsschreibung betrachteten sie als eine Sache profanen Inhaltes. Erst im 19. Jahrhundert lebte die jüdische Geschichtsschreibung auf. Die Anregung, sich mit der jüdischen Vergangenheit zu beschäftigen, ging von dem Berliner „Verein für Kultur und Wissenschaft der Juden“ aus. Das erste hierher gehörige Werk, das auf breiter Grundlage ruht, ist Markus Josts „Geschichte der Juden von der Zeit der Makkabäer bis zur Gegenwart“ (1820 bis 1829), das allerdings noch kritischer Wissenschaftlichkeit entbehrt. Auf wissenschaftlicher Höhe stehen erst die umfassenden Werke der genannten Historiker Grätz und Dubnow. Neben ihnen entstand eine lange Reihe von Einzelmonographien, die sich entweder mit einzelnen Ländern oder einzelnen Teilen der jüdischen Geschichte oder einzelnen Zweigen der Geschichtsschreibung beschäftigen.

Nach dieser nur ganz flüchtigen Einleitung wollen wir nach dem Stand der jüdischen Geschichtsschreibung hierzulande fragen. Aus den schon angeführten Gründen sind aus dem Mittelalter keine jüdischen historischen Werke zu uns gekommen. Einige Bemerkungen über Juden haben sich in den Chroniken von Cosmas, Dalimil, Hajek u. a. erhalten, aber alles, was wir dort lesen, ist entweder lügnerisch ausgedacht oder aus religiösem Haß stark verfärbt. Auch bei uns verachteten die Juden im Mittelalter das Schreiben von Geschichte. Berichte, wie sie anderswo über die Verfolgung der Juden z. B. zur Zeit der Kreuzzüge gemacht wurden und die den Charakter des Ritus tragen, finden sich auch bei uns. So besitzen wir ein Bußgebet von Avigdor Karo, das von dem Judengemetzel in Prag im Jahre 1389 handelt, aber mehr einem religiösen als historischen Zweck dient. Und trotzdem war es Böhmen, welches dem Judentum den ersten Chronisten gegeben hat: David Gans (1551 bis 1613), einen vorzüglichen Geographen und Astronomen, Freund Keplers und Ticho Brahes, des hohen Rabbi Löw und Mordechai Meisels. Gans gab im Jahre 1592 in Prag unter dem Titel „Zemach David“ (Sproß Davids) eine hebräisch geschriebene Weltchronik heraus, die äußerst wichtige Nachrichten über die Prager Juden enthält*). Aber von diesem Werk abgesehen, liegt die jüdische Historiographie bei uns bis ins 19. Jahrhundert ebenso brach wie in anderen Ländern. Und auch hier ist die Erforschung der jüdischen Vergangenheit größtenteils Nichtjuden überlassen. Diese hatten eigentlich kein Interesse an der planmäßigen Bearbeitung der jüdischen Geschichte und beschäftigten sich mit ihr nur insofern, als dies mit ihren wissenschaftlichen Arbeiten zusammenhing. Das größte Verdienst um die jüdische Geschichtsschreibung erwarb sich Zikmund Winter, der in seinem monumentalen Werk „Das Kulturbild der tschechischen Städte“ (1890) in einem eigenen Kapitel von den Juden im 16. Jahrhundert handelt. Zu dem gleichen Thema kehrt er in seinem Buch „Das Prager Ghetto“ (1902 gemeinsam mit Josef Teige und Ignát Herrmann herausgegeben) zurück, insbesondere in dem Abschnitt „Die Prager Juden im 16. Jahrhundert“. Auch Václav Vojtíšek hat in seinem Buch „Aus der Vergangenheit unseres Prags“ eine

*) Vgl. S. Steinherz in der Festschrift der w. „Praga“ „Die Juden in Prag“, S. 12, wo noch weitere Literatur über Gans angegeben ist.

Abhandlung „Die Judengasse in der Prager Neustadt“ eingereiht. Über die Juden sprechen auch an den betreffenden Stellen ihrer böhmischen Geschichte Fr. Palacký und Václav Novotný. Viel Beachtung schenkt ihnen auch V. V. Tomek in der „Geschichte der Stadt Prag“. Eine Reihe historischer Aufsätze über die Juden ist in den verschiedenen Zeitschriften verstreut. Wir erwähnen wahllos Emlers „Ausweisung der Juden aus Prag zur Zeit Maria Theresias 1744 bis 1748“ (Zeitschrift des Böhmischen Museums 1866), Ant. Rybička „Von den Rechten und Privilegien der böhmischen Juden“ (Kgl. Böhmische Gesellschaft der Wissenschaften 1872), Čelakovsky „Beiträge zur Geschichte der Juden in der Zeit der Jagellonen“ (Zeitschrift des Böhmischen Museums 1898). Eine Fülle von Abhandlungen über die Geschichte der Juden ist in den 50 Jahrgängen des tschechischjüdischen Kalenders niedergelegt. Jaroslav Rokycana, der selbst Verfasser einer ganzen Reihe historischer Aufsätze ist, hat sie in seiner Bibliographie (III. Jahrbuch der Historischen Gesellschaft, S. 489 ff.) zusammengestellt. Von den dort erwähnten Autoren seien genannt: Z. Winter, A. Rezek, A. Dolenský, V. Vojtíšek und F. M. Bartoš. Ein Verzeichnis der in Zeitschriften enthaltenen Aufsätze, welche sich mit der Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren beschäftigen, geben C. A. H. Burkhardt und M. Stern im I. Jahrgang, S. 142 bis 149 unter er Nr. 1041 bis 1159 in Geigers „Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland“. Hier ist auch der Aufsatz von Bernhard Wachstein „Bibliographie der Schriften Gerson Wolfs“ in Hickls jüdischem Volkskalender (1930, S. 113) zu erwähnen.

Im vergangenen Jahrhundert versuchten einige Historiker, die Geschichte der Juden in Böhmen systematisch zu bearbeiten. Da aber die vorausgehenden Arbeiten ungenügend waren, konnte man von ihnen nicht Veröffentlichungen erwarten, die strengeren wissenschaftlichen Anforderungen entsprochen hätten. Die Autoren sammelten die spärlichen Nachrichten und fügten sie unkritisch, ja oftmals recht unsystematisch aneinander. Von zusammenfassenden Arbeiten seien erwähnt: Joh. Fr. Herrmann, Geschichte der Israeliten in Böhmen (Wien und Prag 1869); Ant. F. Tockstein, Die Juden in Böhmen (Prag 1867); Václav Řezníček, Die Juden in den böhmischen Ländern (Blaue Bücher Nr. 51), eine unkritische Auswahl und Zitierung von Bemerkungen, die in der tschechischen Literatur bereits über Juden veröffentlicht waren; neben glaubwürdigen sind auch offenkundig erlogene Berichte aufgenommen, wie sie der Autor in seinen Quellen gerade vorfand (Prag 1900); A. Stein, Die Geschichte der Juden in Böhmen (Brünn 1904). Speziell mit den Juden in Mähren beschäftigen sich in Büchern Ch. d'Elvert: Zur Geschichte der Juden in Mähren und Österreichisch-Schlesien und W. Müller: Beiträge zur Geschichte der mährischen Judenheit. Über die Juden in Kremsier und Ung.-Brod existieren besondere Schriften von Rabb. Dr. A. Frankl-Grün, über die Juden in Proßnitz schrieb der Posener (vorher Holleschauer) Rabbiner Dr. Jakob Freimann im „Jahrbuch der jüdisch-literarischen

Gesellschaft, Frankfurt a. M., Jahrgang XV. (siehe ebenda, Jahrgang XVI, B. Wachstein: „Notizen zur Geschichte der Juden in Proßnitz“). Um die Geschichte der Juden in Mähren hat sich der Kanitzer Rabbiner Dr. H. Flesch große Verdienste erworben.

Das hervorragendste, übrigens auch umfangreichste Werk über die Juden in Böhmen ist das von Gottlieb Bondy und F. Dvorsky: „Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien 906—1620“. Das zweibändige Werk umfaßt auf 1115 Seiten 1348 historische Dokumente. Es ist in drei Abteilungen gegliedert: 1. bis zu den hussitischen Kriegen 1419, 2. bis zum Jahre 1526 der Schlacht bei Mohač, 3. bis zum Jahre 1620. Leider ist auch dieses große Werk in den beiden ersten Teilen mangelhaft*). Steinherz setzt aus, daß das Werk für das Mittelalter ganz ungenügend ist, weil es keinen Unterschied zwischen ursprünglichen und abgeleiteten Quellen macht und weil die Autoren sich gar nicht darin konsequent sind, in welcher Art sie die Dokumente abdrucken. Dazu kommen große Lücken; auf ein so wichtiges Werk wie Arhonius „Regesten zur Geschichte der Juden in Deutschland bis zum Jahre 1273“ ist gar nicht Rücksicht genommen worden und Traub weist auf die Lücken hin, die das mährische Judentum betreffen. Alle diese Mängel sind in den zwei ersten Bänden. Ganz anders liegt die Sache beim dritten Band, der eine unerschöpfliche Quelle für das Studium der Geschichte der Juden in Böhmen und in Mähren ist und bleibt.

Neben diesen angeführten Schriften müssen noch einige Veröffentlichungen genannt werden, die ein wertvolles Material für die Erkenntnis der Geschichte der Juden in unseren Ländern enthalten. Dies sind z. B.: Koppelmann-Lieben, Ed. Gal (Grabsteinschriften des Prager israelitischen Friedhofs, mit biographischen Skizzen. Prag 1856); David I. Poděbrad: Altertümer der Prager Josefstadt, Israelitischer Friedhof, Altneuschule und andere Synagogen, dritte Auflage, Prag 1870; Simon Hock: Die Familien Prags, nach den Epitaphen des alten jüdischen Friedhofs in Prag, aus dem Nachlaß herausgegeben, mit Anmerkungen versehen und biographisch eingeleitet von Prof. Dr. David Kaufmann, Bratislava 1892; Leopold M. Popper, Die Inschriften des alten Prager Judenfriedhofes, kulturhistorisch und historisch bearbeitet von Moritz Popper, Braunschweig 1893; Dr. Luboš Jeřábek, Der alte jüdische Friedhof, Prag 1903; Landau-Wachstein, Jüdische Privatbriefe aus dem Jahre 1619, Wien 1911, u. a.

Aus dieser kurzen Skizze geht deutlich hervor, daß die jüdische Geschichtschreibung hierzulande bis in die letzte Zeit in einem recht traurigen Zustande war. Dieses Empfinden hatten nicht nur die jüdischen Gelehrten, sondern auch die an der jüdischen Wissenschaft interessierten Laien, und ihm gab Dr. Gottlieb Stein mit seiner Anregung, eine Gesellschaft zur Erforschung der jüdischen Geschichte in der Čechoslovakei zu schaffen, einen wirkungsvollen Ausdruck.

---

*) Vgl. S. Steinherz: Mitteilungen für Geschichte der Deutschen in Böhmen 49, literarische Beilage S. 17 ff., und Hugo Traub: Zeitschrift der Matice moravská 31, S. 341 ff.

Aus anderen Distrikten.

Österreich.

Im Oktoberheft der „Wiener Mitteilungen“ berichtet Br. Reg.-Rat Prof. Singer (Wien) über eine in verschiedenen deutschen Zeitschriften in der letzten Zeit geführte Judendebatte. Erwähnt seien die Artikel des Schweizer Eduard Berehns, eines ehemaligen antisemitischen Journalisten, und in der „Deutschen Rundschau“ der von Artur Prinz, die beide den Antisemitismus als eine Art Selbstqual der Christen darstellen und fordern, daß die Juden dadurch produktiv bleiben, daß sie sich ihres Sonderschicksals ohne Überhebung und ohne Minderwertigkeitsgefühl bewußt bleiben. Sehr bemerkenswert ist der Aufsatz Erich v. Kahlers in der „Europäischen Revue“ über „Juden und Deutsche“, der sagt, daß nur derjenige Jude, der sich selbst als eine besondere Menschenart weiß und bekennt, ein guter Deutscher werden könne, wenn ihn Liebe und schöpferischer Wesenszug leiten. Eine Reihe von Aufsätzen in der „Literarischen Welt“ beschäftigt sich wiederum mit der Frage, inwiefern jüdische Verleger der deutschen Weltbetrachtung gedient haben.

Im gleichen Heft bespricht Br. Oskar Donath von der w. Praga in ausführlicher Weise den dritten Band unseres historischen Jahrbuches.

Deutschland.

Die Tagung der Arbeitsgemeinschaft der außeramerikanischen Distrikte findet am 25. Oktober d. J. in Berlin statt. Br. Großpräsident Popper wird auf der Tagung unseren Distrikt vertreten.

Über den Heimgang von Ehrengroßpräsidenten Timendorfer berichten wir an leitender Stelle.

Polen.

Die Tagung des Generalkomitees und der Großloge findet in Krakau am 31. Oktober und 1. November d. J. statt. Auf dem Programm der Tagung steht unter anderem die Vereinheitlichung der Finanzgebahrung in den einzelnen Logen, ein Punkt, der auch unser gleichzeitig tagendes Generalkomitee über Anregung von Br. Expräs. Pollak („Union“) beschäftigen wird, weiters die Frage der Schaffung eines schlesischen Logenverbandes.

England.

Die Großloge von Großbritannien und Irland hat soeben die erste Nummer ihrer Distriktsmonatsschrift herausgegeben. Man entnimmt den Berichten, daß insbesondere die „Erste Loge“ in London in den vergangenen Monaten eine außerordentliche Tätigkeit entwickelt hat. Nach Art der amerikanischen Jugendvereinigung A. Z. A. ist eine Jugendloge geschaffen worden, welcher soziale Aufgaben und die Schaffung von Studienzirkeln zugewiesen wurden. Die jüdische Tagesschule in Hampstead entwickelt sich zufriedenstellend; sie steht unter dem Protektorate der Loge. In Oxford hat die London-Loge ein rituelles Speisehaus für Studenten errichtet, das sich großen Zuspruchs erfreut und heute nahezu selbst erhält. Auf dem Gebiete der jüdischen Erziehung wirkt die Loge durch jüdische Theateraufführungen, sie hat weiters ein Bureau für diejenigen eingerichtet, die den Sabbath halten, ferner ein Komitee für Palästinaforschung. Die London-Loge arrangiert auch weiterhin Vorträge und Leseabende für Nichtjuden; an dreitausend Teilnehmer konnten an diesen Abenden gezählt werden.

Die Frauenloge, die vollständig unabhängig von der Männerloge arbeitet, hat ein Haus für einen Mädchenklub gekauft und einige interessante Einrichtungen hier getroffen. So können Kinder in vorschulpflichtigem Alter dort während des Tages spielen und werden fachmännisch beaufsichtigt. Ein mit den Männern gemeinsames Friedenskomitee dient der Friedenspropaganda und veranstaltet in jedem Termin mindestens einen größeren Abend. Es wird insbesondere darauf gesehen, daß die Kinder der Logenmitglieder und ebenso die Jugend in den jüdischen Schulen mit den Ideen der Friedenspropaganda vertraut gemacht werden.

Amerika.

Auf der letzten Tagung des Exekutivkomitees ist Br. Richard E. Gutstadt zum Direktor des Propagandabureaus bestellt worden. Es gelang ihm in der Dallas-Loge über 100 neue Mitglieder einzuführen. Im Oktoberheft des amerikanischen B'nai-B'rith-Magazins veröffentlicht er einen Artikel, worin er das Für und Wider der Massenaufnahmen prüft. Er kommt dabei zu dem Schlusse, daß gewisse Gefahren der Qualität der Kandidaten damit gegeben sind, aber er findet doch, daß die Vorteile, namentlich was große Leistungen betrifft, weitaus überwiegen.

Durch antisemitische Quertreibereien sollten die Juden in La Paz (Bolivia) ausgewiesen werden, und zwar ohne Rücksicht darauf, wie lange sie sich schon in der Stadt aufhielten. Sie richteten ein Kabeltelegramm an den Ordenspräsidenten, der sich mit dem Repräsentanten des B'nai B'rith in Washington M. D. Rosenberg ins Einvernehmen setzte. Rosenberg intervenierte beim Vertreter des Staates Bolivia, der sofort veranlaßte, daß die strengen Bestimmungen der Ausweisung gemildert werden. Durch einen merkwürdigen Zufall wurden zu gleicher Zeit die beiden Beamten in La Paz, die den Ausweisungsbefehl veranlaßt haben, wegen einer Bestechungsaffäre des Dienstes enthoben. Die Ausweisung wurde zurückgenommen.

UMSCHAU.

Weltgeschichtliche Prozesse.

Das Urteil im Prozeß Horák, der sieben unschuldige Juden erwiesenermaßen grausam tötete und beraubte und dennoch freigesprochen wurde, mag seine weltgeschichtliche Perspektive haben; eine etwaige Revision des Prozesses hat nur eine aktuelle, keine weltgeschichtliche Bedeutung. Aber es gibt in der Geschichte des Judentums Prozesse, die über Jahrhunderte hinweg zu einer Art weltgeschichtlicher Revision drängen.

So versucht die gegenwärtige Regierung in Spanien das unvergessene Unrecht an den Juden wieder gut zu machen gerade in einem Zeitpunkt, da die ärgsten Widersacher der Juden, die Jesuiten, aus dem Lande verwiesen werden. Während der Debatte über die Trennung von Kirche und Staat führte der Justizminister in der Kammer unter lautem Beifall der Abgeordneten u. a. aus: Die katholischen Abgeordneten mögen sich an die Geschichte der spanischen Kirche und ihre Judenverfolgungen erinnern, die in der Judenaustreibung aus Spanien im Jahre 1492 gipfelten. Die spanische Regierung wünsche jenes geschichtliche Unrecht gut zu machen.

Ein anderer Prozeß weltgeschichtlicher Größe, der Prozeß Jesu, wird in Gelehrtenkreisen wiederum einmal einer Revision unterzogen.

Professor Hans Lietzmann, der Nachfolger Harnacks als Kirchenhistoriker der Berliner Universität, hat auf Grund historisch-kritischer Forschungen und Überlegungen die These aufgestellt, daß das Todesurteil über Jesus nach der Lage der Dinge keineswegs vom jüdischen Synhedrion, sondern einzig und allein vom römischen Landpfleger Pilatus gesprochen werden konnte. Diese These begründete Prof. Lietzmann vor kurzem in der Gesamtsitzung der preußischen Akademie der Wissenschaften. Die Rolle, die das jüdische Gericht im Markus-Evangelium spielt, wurde von Lietzmann als unhistorisch erwiesen und die Verurteilung Jesu durch den römischen Statthalter zum Rang einer Tatsache erhoben.

Für den Bericht im Markus-Evangelium, daß das ganze Synhedrion Jesus wegen Gotteslästerung zum Tode verurteilt hat und dem Pilatus übergab, wird nach Lietzmann keine Quelle glaubhaft. Petrus ist nicht der Gewährsmann, denn er ist, wie zweimal ausdrücklich betont wird, nur bis in den Hof des hohenpriesterlichen Palastes vorgedrungen und unten im Hof geblieben. Er kann also von der Verhandlung nichts gehört haben, einen anderen Zeugen sehen wir nicht. Jenes Wort, das den auferstandenen Jesus als Meister des neuen Lebens dem außer Kraft gesetzten mosaischen Gesetz gegenüberstellt, atmet den Geist der

bekehrten Hellenisten. Ebenso unjüdisch ist die Frage des Hohepriesters, ob Jesus der Messias, der Sohn Gottes, sei. Was Jesus antwortete, mochte man als volksverderblichen Aberglauben bekämpfen, aber eine Lästerung war es nicht — selbst der Name Gottes war mit jüdischer Korrektheit in der Antwort Jesu ebenso vermieden wie in der Frage des Hohepriesters. Nimmt man selbst an, Jesus sei vom Synhedrion für die Gotteslästerung zum Tode verurteilt worden, so ergäbe sich notwendig, daß er nach dem levitischen Gesetz durch Steinigung hätte hingerichtet werden müssen. Nun ist aber Jesus gekreuzigt worden: eine typisch römische Strafe, aus deren Vollzug sich ergibt, daß Pilatus das entscheidende Urteil gesprochen hat. Der Einwurf, Pilatus habe nur ein jüdisches Urteil vollstreckt, da das Synhedrion wohl das formale Recht zur Verurteilung hatte, aber nicht die Kompetenz zur tatsächlichen Ausführung seines Urteils, das erst durch den römischen Prokurator zu bestätigen war — diesen Einwand widerlegt Lietzmann mit dem Hinweis auf den französischen Juristen Jean Juster in dem Buch über die Juden im Römerreich: aus sechs positiven Zeugnissen geht hervor, daß zur Zeit des Pilatus das Synhedrion das volle Recht besaß, jüdische Religionsverbrecher und Gotteslästerer mit dem Tode zu bestrafen und steinigen zu lassen. Ist Jesus nicht nach jüdischem Recht gesteinigt worden, so hat ihn auch nicht das jüdische Gericht wegen Gotteslästerung verurteilt, und der Bericht des Markus (14, 55 bis 65), ist unhistorisch. Die Nachtsitzung des Synhedrions erscheint als Fremdkörper in dem großen Petrus-Bericht: nach diesem als dem zuverlässigen Zeugen ist vor der jüdischen Behörde überhaupt nicht über Jesus Gericht gehalten worden, sondern man hat ihn ohne weiteres dem Prokurator übergeben. Pilatus hat Jesus zum Tode verurteilt und mit der gewöhnlichen Todesart für Landfriedensbrecher (für ihn war Jesus ein nationalistischer Bandenführer) kreuzigen lassen.

Das bedrängte und helfende Amerika.

Die Wirtschaftskrise Amerikas bedeutet für die dortigen Juden eine Zeit schwerer Sorgen. Wie von dem Büro für jüdische soziale Forschung in New York mitgeteilt wird, hat die Zahl derjenigen jüdischen Familien in den Vereinigten Staaten, die sich infolge der Wirtschaftsdepression gezwungen sahen, von jüdischen Wohlfahrtsinstitutionen Unterstützung zu verlangen, sehr stark zugenommen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1931 haben jüdische Wohlfahrtsinstitutionen 1,432.897 Dollar gegen 1,028.894 Dollar in der gleichen Periode 1930 für Unterstützungen ausgegeben. Die Summe hat sich also um 39.3% erhöht, während die Zahl der unterstützten Familien um 43.8% zugenommen hat. Auch die Zahl der von jüdischen Institutionen betreuten Kinder mittelloser Eltern nimmt fortwährend zu.

Gleichzeitig aber wächst auch der wirtschaftliche Antisemitismus.

Rabbi J. K. Cohen, Vorsitzender des beim American Jewish Congress bestehenden Komitees zur Bekämpfung der Benachteiligung von Juden im Anstellungswesen, veröffentlicht Zahlen, aus denen hervorgeht, daß die Boykottierung jüdischer Angestellter im amerikanischen Geschäftsleben fortschreitet. Von 100 Arbeitsnachweisen haben 91 jüdische stellensuchende Kontoristen und Kontoristinnen erklärt, daß ihre Gesuche wegen ihrer Zugehörigkeit zum Judentum von den betreffenden Arbeitgebern nicht berücksichtigt worden sind. Von den 400 führenden Korporationen und Geschäftsunternehmungen New Yorks, die das Komitee zur Untersuchung herangezogen hat, stellen 89% grundsätzlich nur Christen ein. Rabbi Cohen erklärt, daß, wenn nicht entschiedene Maßnahmen gegen die Zurücksetzung von Juden bei Anstellungen ergriffen werden, die Verhältnisse mit der Zeit noch viel ernster werden würden.

Bezeichnend ist, daß im Mittelpunkt der antisemitischen Hetze deutsche Nationalsozialisten stehen. Die den Namen „Teutonia“ tragende Organisation der deutschen Nationalsozialisten in Amerika hielt Ende September in Chicago ihre erste Jahresversammlung ab. Über 200 Hitler-Delegierte aus allen Teilen der Vereinigten Staaten und Kanadas nahmen an ihr teil. Hauptred-

ner war der zur Konferenz aus Wien eingetroffene Prof. Eduard Leonhardt.

Trotz dieser Drangsale ist die Gebefreude der amerikanischen Juden nicht geschwunden. Julius Rosenwald, der große Chicagoer Philanthrop, hat 250.000 Dollar zur Linderung des Loses der Arbeitslosen in Chicago gespendet. Sein Sohn Lessing J. Rosenwald gab für den gleichen Zweck 100.000 Dollar. Neben Rosenwald haben zahlreiche prominente Juden Amerikas große Summen zur Linderung der Arbeitslosennot gegeben, so u. a. Salomon Guggenheim, Paul M. Warburg und der kürzlich verstorbene Colonel Michael Friedsam, die gemeinsam im Herbst v. J. das „Emergency Employment Committee" organisierten, das in den ersten sechs Monaten seines Wirkens sieben Millionen Dollar für Arbeitslosenhilfe aufbrachte, sowie Dr. Stephen S. Wise, Dr. Jakob Billikopf u. a. m. Letzterer leitet in Philadelphia die Fünf-Millionen-Dollar-Kampagne für Arbeitslosenhilfe. Auch für die Not in Osteuropa haben die amerikanischen Juden noch eine offene Hand. Dieser Tage begibt sich der Generalsekretär des American Joint Distribution Committee Dr. Bernhard Kahn nach Amerika, um in Rücksprache mit den Vertretern der amerikanischen Judenheit zu versuchen, einen Ausweg aus der jetzigen bedrohlichen Krise zu finden. Es ist kaum zu bezweifeln, daß die amerikanische Judenheit trotz der schweren Nöte, unter denen sie selbst so außerordentlich leidet, ihre Verbundenheit mit den noch schwerer betroffenen Juden Osteuropas und anderer Teile der Welt auch weiterhin nach Maßgabe ihrer gegenwärtigen Kräfte dokumentieren wird.

Auf Flügeln des Gesanges.

Vom Archiv des Zentralvereines werden die Texte der berüchtigten drei „Judenlieder" mitgeteilt, die auf fast allen Propagandamärschen der Nationalsozialisten und der Hitler-Jugend gesungen werden. Die Texte der Judenstrophen lauten:

I.

So steht die Sturmkolonne
zum Klassenkampf bereit.
Erst müssen Juden bluten,
erst dann sind wir befreit.
Kein Wort mehr von dem Handeln,
was doch nicht helfen kann.
Mit unserem Adolf Hitler
wir greifen mutig an.

Wir sind die Sturmkolonnen,
die Handgranat am Gürtel
umspannt das Gewehr,
so ziehen die Sturmkolonnen
im deutschen Land einher.
Der Jude kriegt 'nen Schrecken,
er macht den Geldschrank auf,
Adolf Hitler macht die Rechnung
mit dem Pistolenlauf.

II.

Alte Weiber heulen fürchterlich,
junge Mädels noch viel mehr,
so leb denn wohl mein herzallerliebster Schatz,
wir sehn uns nimmermehr.
Wenn der Sturmsoldat ins Feuer geht,
ja, dann hat er frohen Mut,
denn wenn das Judenblut vom Messer spritzt,
dann geht's noch mal so gut.

III.

Kennt Ihr die Bauern,
Hitlers verwegene Schar,
bald wird sich die Nacht erhellen,
Brüder, die Freiheit ist da.

Ladet die blanken Gewehre,
ladet sie mit Pulver und Blei,
schießt auf die jüdischen Hunde,
Nieder mit der Judentyrannei.

Dringen diese edle Weisen bis in die Beratungssäle des Völkerbundes? 65% der deutschen akademischen Jugend ist in den Reihen Hitlers.

Ein jüdischer General.

Der Jude pflegt im allgemeinen nicht gerade auf seine militärischen Genies stolz zu sein. Aber daß auch auf dem Feld der militärischen Ehre ein Jude seinen Mann stellen kann, dafür wird zumindest in der englischen Kriegsgeschichte der Name des in diesem Monat in Melbourne (Australien) verstorbenen Generals Sir John Monash zeugen. Monash hat im Weltkrieg die australischen Truppen kommandiert, und sogar Ludendorff gab zu, daß der Durchbruch bei Hamel, der Monash glückte, die Wende des Krieges bedeutete. Er war der Stolz des australischen Judentums und hieß im englischen Staat der „größte Australier". Er wurde am 27. Juni 1865 als Sohn von Louis Monash in

Melbourne geboren. Er war ein Neffe des Historikers Graetz, auf welche Verwandtschaft er mit besonderem Stolz hinwies. An der Universität Melbourne studierte er Maschinenbau, wurde Zivilingenieur und später Präsident des Victorian Institute of Engineers. Im Alter von 22 Jahren trat er als Leutnant in die australische Bürgerwehr ein, wurde 1918 Generalleutnant und 1929 General. Der Ort Monash-Tal bei Anzac ist nach ihm benannt.

In einem Interview, das Sir John Monash vor zwei Jahren dem JTA-Vertreter in Melbourne gab, rühmte er die Tapferkeit der australischen Juden im Kriege und trat dem Gerücht entgegen, nach dem antisemitische Vorurteile seinen Empfang in Australien bei seiner Rückkehr vom Kriegsschauplatz beeinflußt haben sollen. Dabei erzählte er, daß er sich geweigert habe, einem prominenten Klub in Melbourne beizutreten, der andere Juden als ihn nicht aufnehmen wollte.

Sir John Monash war einer der Begründer der Liga der britischen Juden in Australien, die den Zionismus bekämpft, er war auch einer der zwölf Juden, die den bekannten antizionistischen offenen Brief, der seinerzeit in den „Times" erschien, unterzeichneten. Später aber hat Sir John Monash dem Zionismus starkes Interesse entgegengebracht und gab seine Zustimmung zu seiner Wahl als Ehrenpräsident der Zionistischen Vereinigung von Australien. Nach den Palästina-Unruhen im August 1929 leitete er eine in der Stadthalle zu Melbourne abgehaltene Protestversammlung und erklärte in einer Ansprache, er könne das Gefühl der Bitterkeit der Palästinajuden verstehen, die glaubten, unter der schützenden Hand Englands zu stehen und die nun eine solche Katastrophe erleben müssen. Aber, so fuhr er fort, wir blicken dennoch vertrauensvoll in die Zukunft der Juden in Palästina. Die englische Regierung hat versprochen, ihre Pflichten als Mandatar zu erfüllen. Das Jüdische Nationalheim wird aufgebaut werden.

Ein Brief Tolstois.

Aus dem Archiv des verstorbenen jüdischen Politikers F. Gabai in Bulgarien, wird der folgende Brief Tolstois veröffentlicht, in dem er die Frage, was im Sinne der zeitgenössischen Politik ein Jude sei, aufwirft und schreibt:

„Versuchen wir, diese Frage ein wenig zu formulieren. Geben wir ihr folgende Form: Was für ein Gespenst ist es, welches alle Herrscher und alle Völker gequält, niedergemetzelt, aufgehängt, vertrieben, mißhandelt und beraubt hat, angefangen von den ägyptischen Königen bis zu den modernen Judenfressern in der Publizistik, von der Inquisition Torquemadas bis zu den Polizisten und subalternen Beamten aller Regierungen?...

Das ist jener Jude, jener Prometheus, der uns vom Himmel das ewige Feuer gebracht und der ganzen Welt zugänglich gemacht hat. Der Jude, der jahrtausendelang der Wächter des göttlichen Gedankens war, ist auch der Urquell jenes Glaubens, dem alle anderen Religionen ihre Entstehung verdanken.

Der Jude ist der Pionier der Freiheit. Noch in jenem grauen Altertum, als die Menschheit in Herren und Sklaven geschieden war, verbot der Gesetzgeber Moses, Sklaven länger als sechs Jahre zu halten. Nach Ablauf dieser Zeit mußten sie ohne Lösegeld befreit werden.

In jener grausamen und barbarischen Epoche, als das Menschenleben noch keinen Wert hatte, stand Rabbi Akiba, einer der größten Weisen, nicht an, sich offen gegen die Todesstrafe auszusprechen. Das Synhedrion — sagt der Talmud —, welches einmal in 70 Jahren ein Todesurteil fällte, trug den Namen eines Mordgerichtes.

Der Jude ist in seinen bürgerlichen und religiösen Beziehungen das Symbol der Gerechtigkeit und der Ewigkeit, die weder durch Schwert und Feuer, weder durch Verfolgungen noch durch Peinigungen und Gemetzel vernichtet wird. Unter allen Völkern war es dem Juden allein beschieden, die göttliche Idee zu entdecken, deren Wächter er so viele Jahrhunderte lang gewesen und die er für die Völker der Welt bewahrt hat.

Der Jude war und wird bleiben: Vorkämpfer und Säemann der Freiheit, der Gleichheit, der Kultur und der Toleranz."

Bücher und Zeitschriften.

Der Morgen.

Zweimonatsschrift, Philoverlag, Berlin.

Das Oktoberheft, das 4. des VII. Jahrgangs, wird mit einem Artikel von Hans Herzfeld „Über Geistfeindlichkeit und ihre politischen Auswirkungen" eingeleitet, worin der Einfluß des Irrationalen in der heutigen Philosophie auf die Lebensgestaltung dargelegt wird. Der Geistliche Hans Hartmann berichtet über den Weltfriedenkongreß der Religionen. Hier wird der Anteil des Judentums besonders herausgearbeitet. Interessant ist auch die Mitteilung über einen „Einheitsgottesdienst", der in Genf versucht wurde. Der amerikanische Protestant Hume hat aus allen Religionen ein Wechselgespräch zwischen einem Sprecher und der Gemeinde zusammengestellt. In Genf war der Sprecher ein Parse. Einen Einblick in die jüdischen Schulen im neuen Polen gibt ein Aufsatz von Reißner. Univ.-Prof. v. Aster widmet Hegel zu seinem 100. Todestag eine fesselnde Skizze. Die Frage, ob die Juden negativistisch und destruktiv sind, wie die Antisemiten behaupten, wird in zwei interessanten Aufsätzen zweier Frauen erörtert. Hugo Hahn schreibt im Anschluß an eine neue Missionsbroschüre über Judenmission. Der verstorbenen Führerin der deutschen Schwesternlogen Ernestine Eschelbacher wird ein Gedenkblatt gewidmet. Eine Reihe kleinerer fesselnder Artikel und Buchbesprechungen beschließen das Heft.

Menorah.

Jüdisches Familienblatt. Wien 1, Zelinkagasse 13.

September-Oktober 1931.

Max Grunwald setzt seine interessanten Reiseerinnerungen durch Spanien und Portugal aus dem Frühjahr 1929 fort. Sehr viel kulturhistorische und auch sprachliche Bemerkungen fließen ein und machen den Aufsatz nicht nur amüsant, sondern auch lehrreich. Dreizehn ganz ausgezeichnete photographische Genrebilder aus Palästina sind zu einem kleinen Bilderbuch zusammengefaßt. Über die Mystik als Volksbewegung spricht E. Fried. Aus Schmarja Levins im Erscheinen begriffener Biographie wird ein Kapitel abgedruckt, weiters eine aus dem englischen übersetzte Novelle von Elstein: Der Taschenspieler. Auf den Maler Jules Pascin und den Bildhauer Arrigo Minervi, die mit Reproduktionen vertreten sind, machen Aurelie Gottlieb und G. D. Luzzatto aufmerksam. Kurt Zielenziger bespricht die wirtschaftliche Krise der deutschen Juden. Eine ergreifende Geschichte von Alexander Godin: „Die Wöchnerin", ein Artikel über Mythologie und Sage in der Bibel von Schur, sowie eine Reihe anderer Bemerkungen und Buchbesprechungen bereichern das interessante Heft.

„Palästina",

Zeitschrift für den Aufbau Palästinas, Herausgeber Adolf Böhm, Wien, Nr. 7/9.

Von Dr. Ch. Arlosoroff, Mitglied der Exekutive, wird der am 17. Zionistenkongreß über die Probleme der Finanzierung des Palästinaaufbaues gehaltene Bericht im Hauptteil ausführlich abgedruckt. — R. A. Aron Benschemesch bespricht „Die neue Pächterordnung von 1931 und ihre Tendenzen". Er zeigt, daß diese auf Umwegen den Erwerb von Boden überhaupt unmöglich zu machen trachtet, ja die freie Nutzung des schon gekauften bedroht. — Dr. J. Simann schreibt über die „Industrie in Palästina". — Michael Assaf schreibt über „Die Strömungen und die politischen Organisationen der palästinensischen Araber". Zum erstenmal wird darin dem westlichen Leserkreis eine objektive Übersicht über diesen Stoff gegeben. — Julius Berger schreibt über die wirtschaftliche Bedeutung der Palästinatouristik. Dies ist eine erstmalige Untersuchung dieser wichtigen Materie. Der Autor bespricht die Entwicklung, den Umfang, die Art der Touristik, die vorhandenen Einrichtungen usw. Die Ausgaben

der Touristen pro 1929/30 (ca. 12.000) errechnet er approximativ mit 154.000 £. — Ing. Dr. R. Riftin schreibt über „Die grundlegenden Fragen der Bewässerung“. — Nicht weniger als dreißig Seiten Nachrichten, Bibliographie, Besprechungen schließen das Heft. Jahresbezugspreis S 12.—, Ausland 2 Dollar. Verlag und Administration: Friedr. Holzer & Co., Wien 17, Kalvarienberggasse 32.

Velhagen und Klasings Monatshefte.
Oktoberheft.

Goldknappheit und Krise ist der Titel eines höchst beachtlichen Beitrages des international als Sachverständigen auf diesem Gebiet anerkannten Prof. D. M. J. Bonn. Diese besondere „Aktualität“ zeichnen auch andere Beiträge aus: wir nennen ein paar Titel: „Die Nordschleuse in Bremerhaven“ (mit Bildern), „Kommunismus in China“, „Wie man Autofahren lernt“; auch der spannende Fußballroman „Die Grüne Elf“ von Leopold Täschner gehört in gewissem Sinne hierher. Eine in aller Welt gerühmte Stärke der Hefte sind ihre farbigen Nachbildungen von Kunstwerken. Wie wertvoll diese sind, läßt die Tatsache erkennen, daß keine andere Zeitschrift die wichtigsten der in München beim Glaspalastbrand vernichteten Bilder deutscher Romantiker in originalgetreuer Wiedergabe zu zeigen vermochte; in diesem Oktoberheft finden wir sie. Eine aktuelle Frage, den Kommunismus, behandelt Ludwig Fulda in einer geistvollen Novelle. Mit farbigen Künstlerbildern ist eine Bootfahrtschilderung „Die nasse Hölle“ geschmückt. Herrliche Photographien beleben Schilderungen aus Zermatt und aus Paris. Namen wie Eßwein, Hausenstein, Felix Salten bürgen für die Güte der anderen, hier nicht weiter genannten Beiträge.

Westermanns Monatshefte.
Oktoberheft.

Die Oktobernummer von Westermanns Monatsheften ist wieder von einer großen Reichhaltigkeit. Wir erwähnen den Goetheroman von Hülsen: „Das Haus der Dämonen“, den reichillustrierten Aufsatz: „Aus der Biedermeierzeit“ und über „Die schöne Wienerin“. Von einer Lapplandfahrt berichtet Gustav Braun; Kurt Floericke gibt eine Darstellung der Wildtauben, mit einer Reihe prachtvoll kolorierter Bilder. Düsels Umschau ist wie immer sehr interessant. Eine psychologische Zeitplauderei von Professor Verweyen „Lebensbejahung“, ein Artikel über „Nützliche Bakterien“, über „Heroische Sportleistungen“ bereichern das Heft.

Der Verlag Georg Westermann, Braunschweig, hat sich bereits erklärt, unseren Lesern ein 100 Seiten starkes Heft mit vielen Abhandlungen, Kunstbeilagen und einer Menge von ein- und buntfarbigen Bildern unberechnet zu übersenden, um ihnen Gelegenheit zu geben, diese schöne Monatsschrift kennen zu lernen.

Neue Tauchnitz-Bücher.
Collection of British and American Authors. — Geh. M. 2.-, geb. M. 2.80.

Das Erstlingwerk des jungen Amerikaners Granville Toogood „Huntsman in the Sky“ ist ein vielversprechender Anfang. Es ist gut geschrieben und vor allem ehrlich, sowohl in seinem Bestreben das Beste zu geben, als auch in der Beleuchtung eigener Gefühle. Manchmal mutet dieses Charakterbild eines Patriziersohnes aus Philadelphia in seinem aristokratischen Konservatismus, seinen träumenden, sentimentalen Gestalten und seiner aufreizenden Anständigkeit ganz englisch an; amerikanisch ist aber wieder die offene Empfänglichkeit fremden Lebensäußerungen gegenüber, der stürmische Lebensdrang und dann — die vielen, vielen Cocktails. Einem jungen aufstrebenden Musiker gelingt es, sich seiner angenehm einlullenden Umgebung durch Isolierung und Meditation zu entreißen. Die Notwendigkeit eigenen leidvollen Erlebens wird ihm durch die richtige Erkenntnis eines jüdischen Studiengenossen klar und führt ihn zu einem hoffnungsvollen künstlerischen Aufstieg. Die moderne Musik und das Erlebnis künstlerischen Schaffens wird verständnisvoll betrachtet und erklärt.

Hugh Walpole, der Dichter der Unwirklichkeit, hat in seinem letzten Werk: „Above the Dark Circus“ seinem Hang zu phantastischen, eigenartigen Erzählungen freien Lauf gelassen. Bei ihm leben leblose Gegenstände und lassen das reale Weltbild von einem verzerrten Gesichtpunkt erscheinen. Die Hauptszene seiner letzten Erzählung ist ein hoch über den Lichtern von Piccadillystreet gelegenes Zimmer. die Hauptperson ein in größter Not geratener Ex-Offizier. Nach vielen tollen und verbrecherischen Alpdruck-Begebenheiten endet die aufregende Geschichte in einer großen Mitternachtsszene auf dem Dach eines Theaters. Walpole hat auch hier mit künstlerischer Freiheit Wirkliches und Unwirkliches ineinander geschaltet.

Als 5000. Jubiläumsband hat der verdienstvolle Verlag eine Anthologie lebender englischer Dichter (Anthology of modern English poetry) herausgegeben. Man lernt auch hier den allgemeinen europäischen Zeitgeist in seiner englischen Variation kennen. Denn gerade die Lyrik gibt am unmittelbarsten das wieder, was auf dem Grunde der Seele einer Generation vor sich geht und nach lebendiger Form ringt. Im allgemeinen kann man sagen, daß gedanklich und rhythmisch ein gewisses Festhalten an älteren Formen zu merken ist. Über sechzig Dichter und Dichterinnen sind hier vertreten; wertvolle biographische Notizen sind am Schlusse beigefügt. a.

Philipp Halsmann: „Briefe aus der Haft an eine Freundin“.

J. Engelhorns Nachfolger, Stuttgart.

Zu einer Zeit, als Halsmann noch in der Strafanstalt Stein schmachtete, haben diese Briefe, die er während der Untersuchungshaft und des Prozesses von Ende Dezember 1928 bis Jänner 1930 an seine Freundin geschrieben hat, in einem Bande veröffentlicht, das Bild eines im Unglück seelisch starken Menschen der Öffentlichkeit gezeigt. Sie wirken heute kraft der Unmittelbarkeit des Erlebnisses und einer starken psychologischen Begabung des Schreibers als ergreifende Dokumente eines in tiefes Leid verstrickten Menschen. a.

Ein neuer Band des Heinebundes.

Franz Oppenheimer: Erinnerungen (Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes).

Nichts vermag so zu fesseln wie die Wirklichkeit. Und wenn ein Darsteller und Meister des Stiles von dem wissenschaftlichen und kulturellen Rang des Nationalökonomen Franz Oppenheimer seine Lebensgeschichte erzählt, so gibt das ein Buch, das man mit hohen Genuß von Anfang bis zu Ende durchliest. Viele Einblicke in die deutsche Zeitgeschichte und in die Situation des deutschen Juden werden einem da gewährt. Das Berlin der neunziger Jahre, das zeitgenössische Frankfurt, die großen und die kleinen Sorgen des Alltags spiegeln sich in diesem Selbstbildnis wieder, aus dessen Zügen man nicht nur den erfolgreichen Gelehrten, sondern auch den humorvollen und furchtlosen Menschen erkennt.

Der Heinebund hat mit diesem Buch seinen Mitgliedern eine ganz besonders wertvolle Gabe bereitet. Es sei bei dieser Gelegenheit wiederum auf diese jüdische Buchgemeinde, Berlin W 57, Pallaß-Straße 10-11, nachdrücklich hingewiesen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich Mk. 12.—, wofür die Mitglieder drei Bände nach freier Wahl erhalten. r.

Personalnachrichten.

Sterbefälle.

Br. Adolf Lederer der w. „Union“, eingeführt am 15. Feber 1914, gestorben am 25. September 1931.

Br. Siegfried Beck der w. „Praga“, eingeführt am 14. Dezember 1907, gestorben am 6. Oktober 1931.

Ohne Abgangskarte ausgetreten:

Hugo Feitis, Bankdirektor in Böhmisch Leipa, aus der w. „Philanthropia“ am 28. September 1931.

—///—